

**GEMEINDERAT**

Geschäft Nr. 3802B

**Voranschlag 2009**

**Stellungnahmen und Anträge  
des Gemeinderates  
zu den  
Budgetpostulaten pro 2009**

---

Bericht an den Einwohnerrat  
vom 19. November 2008

---

## Inhalt

---

A: Budget-Postulate zur **Laufenden Rechnung 2009**

Seiten 2 - 8

---

Gestützt auf § 44 Abs. 3 des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat nimmt der Gemeinderat zu den Budgetpostulaten 2009 nachfolgend Stellung.

### **A: Budget-Postulate zur Laufenden Rechnung 2009**

---

#### **1. Budgetpostulat Nr. 3802B.1**

SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter

betreffend Laufend Rechnung

Pos. 113-43 Entgelte – Neue Position: Parkplatzbewirtschaftung

---

#### **Antrag:**

In der Budget Position 113-43 Entgelte wird der Betrag CHF 5'000.- für die sofortige Ausarbeitung eines Konzeptes zur Parkplatzbewirtschaftung in Allschwil budgetiert.

#### **Begründung:**

Basel-Stadt führt ab 1.1.2009 eine Parkplatzbewirtschaftung ein. Die umliegenden Gemeinden haben ebenfalls bereits "blaue Zonen" und "Anwohnerparkplatzkarten" eingeführt (z.B. Binningen) oder sind auf dem Weg dies zu beschliessen. Allschwil muss sich somit in Kürze auch mit dem Thema Parkplatzbewirtschaftung auseinandersetzen, will die Gemeinde nicht noch mehr Pendlerverkehr anziehen. Die finanzielle Situation - z.B. Investitionen für Parkplätze an der Basierstrasse könnte somit durch die Nutzenden verbessert werden.

---

Vorweg möchten wir darauf hinweisen, dass es sich bei der vom Postulanten genannten Kontoposition 113.43 um ein Ertragskonto handelt. Wir nehmen an, dass die Ausgabenposition 113.318 gemeint ist (Dienstleistungen Honorare).

Es ist der Hauptabteilung Einwohnerdienste & Sicherheit nicht nur aus Medienberichten bekannt, dass in Basel bis 2012 sämtliche gebührenfreien Parkplätze aufgehoben werden. Die Thematik ist nicht neu; ein Postulat von Claude Rothen und Barbara Selinger (SP/EVP Fraktion) wurde am 12. Februar 2007 vom Einwohnerrat abgelehnt (14:19); eine weitere Interpellation von Jürg Gass (SP/EVP Fraktion) zum Parkplatzzuchverkehr wurde im September im Einwohnerrat beantwortet. Basel hebt im Übrigen schon seit vielen Jahren Parkplätze auf. Das Projekt findet in den nächsten Jahren seinen Abschluss.

Wir können nachvollziehen, dass das „Basler Konzept“ Auswirkungen auf die Parkplatzsituation in unserer Gemeinde haben könnte. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es aber nach wie vor schwierig, das Ausmass der möglichen negativen Beeinträchtigung abzuschätzen. Davon hängt es schlussendlich ab, ob aufwändige Gegenmassnahmen angezeigt und nötig sind. Hinzu kommt, dass diese Massnahmen verhältnismässig und nicht unkoordiniert sein sollten. So setzt sich zum Beispiel der Dachverband der Baselbieter KMU seit einiger Zeit für die Schaffung einer einfach zu handhabenden Firmenparkkarte für alle 86 Baselbieter Gemeinden ein. Zurzeit müssen Gewerbetreibende für jede Gemeinde mit einer Parkregelung eine separate Parkkarte erwerben. Nicht ausser acht gelassen werden darf der mit einer

Parkkartenregelung einhergehende grosse administrative Aufwand für alle, was eine Personalaufstockung erforderlich machen könnte. Hierzu sei erwähnt, dass dort, wo heute eine „Blaue Zone“ markiert ist, sicher keine Anwohnerkarten gültig sind. Der Sinn dieser zeitlich beschränkten Parkflächen besteht in der Parkplatzfluktuation in der Nähe von Geschäften, Restaurants etc. Diese Parkflächen mit Anwohnerfahrzeugen zu blockieren wäre im krassen Widerspruch zum Sinn der „Blauen Zone“. Lösungen mit Anwohnerkarten müssten mit zeitlich Beschränkten „Weissen Zonen“ von z.B 3 Stunden gesucht werden. Dies käme aber nur dort in Frage, wo heute unbeschränkt lange parkiert werden kann. Dieses Modell wird in den Quartieren von Liestal angewandt, zusammen mit kostenpflichtigem Kurzparking (Parkuhren).

Alle diese Modelle sind für den Nutzer am Ende kostenpflichtig. Wir stellen jedoch die Verhältnismässigkeit in Frage, wenn ein Fahrzeughalter für einen Parkplatz, den er schon über die Gemeinde- und die Motorfahrzeugsteuer zweimal bezahlt hat, noch ein drittes Mal über eine Gebühr bezahlen muss, nur weil einige Arbeitnehmer/innen, die nicht einmal zwingend französischer Nationalität sein müssen, ihr Fahrzeug tagsüber in unserer Gemeinde stehen lassen.

Im Rahmen der Verkehrsstudie „Gewerbegebiet Bachgraben Allschwil“ vom April 2007 wurde an der Grenze eine Befragung der französischen Lenkerinnen und Lenker nach dem Fahrtziel durchgeführt. Die Stichprobe umfasste 439 Befragungen. Davon gaben 38% ihr Fahrtziel mit Allschwil an, 35% wollten ins Leimental, Birseck oder an andere Ziele. 27% gaben Basel-Stadt als Endziel ihrer Fahrt an.

Diese 27%, die in die Stadt fahren wollten, stellen potenzielle „Parkplatztouristen“ dar. Wie viele davon Allschwil zukünftig als Parkplatz benutzen werden, ist von mehreren Faktoren abhängig wie beispielsweise:

- von der Höhe der Quote mit eigenen Parkplätzen auf Privatboden (es gibt Pendler, die haben in der Stadt einen eigenen Parkplatz gemietet)
- von der Anzahl, die sich in der Stadt eine Pendler - Parkkarte (CHF 2'000.-- = CHF 166.—/ Monat) kaufen oder via Arbeitgeber eine erhalten
- von der Anzahl, die in der Stadt direkt beim Arbeitgeber einen Parkplatz nutzen können
- von der Anzahl Umsteiger/innen auf das ÖV, wobei u. a. auch die Entwicklung des Benzinpreises eine Rolle spielen wird
- von der Anzahl der Fahrgemeinschaften (Car-Pool)
- schliesslich auch von denjenigen, die eine gelegentliche Busse in Kauf nehmen und die Anzahl der möglichen Bussen im Verhältnis zum Preis der zu beziehenden Parkkarte stellen

Zum heutigen Zeitpunkt stellt sich die Situation so dar, dass viele Parkplätze doppelt genutzt werden. Am Morgen verlassen einheimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Ihren Fahrzeugen die Parkplätze. Die Lücken werden im Laufe des Tages mit ausländisch immatrikulierten Fahrzeugen gefüllt. Am Abend geschieht das gleiche Prozedere in umgekehrter Reihenfolge und die meisten Leute haben damit kein Problem.

Es entstehen immer wieder Parklücken, wie es beispielsweise entlang der Baslerstrasse, gegenüber der Raiffeisen Bank, täglich beobachtet werden kann. Zudem darf dort auch auf der Seite der Raiffeisen Bank bis 16.00 Uhr parkiert werden, was kaum genutzt wird. In verschiedenen, dem ÖV nahen Seitenstrassen entlang der Baslerstrasse - wie dem Sandweg, dem Blumenweg, dem Tulpenweg - beobachtet die Gemeindepolizei während dem täglichen Patrouillendienst immer wieder Parklücken. Zurzeit scheint das Angebot an Parkfläche insgesamt die Nachfrage zu übertreffen. Dass dies nicht für jeden Tag und jeden Strassenzug gleich zutrifft, ist klar. Anlässlich verschiedener Zählungen der Parkplätze, der Lücken und der in Frankreich immatrikulierten Fahrzeuge von 26. September 2007 bis dato ergeben sich bis jetzt keine signifikanten Unterschiede zum Parkverhalten (siehe auch Tabelle im Anhang).

Parkplatzangebot ohne „Blaue Zone“ insgesamt	<b>482</b>	<b>100%</b>
Durchschnittlich belegt	<b>346 - 380</b>	<b>77%</b>
Durchschnittlich frei	<b>102 - 136</b>	<b>23%</b>
Durchschnittlich belegt von F-68	<b>58 - 82</b>	<b>15%</b>

Diese Zählungen in den gleichen, definierten Strassenzügen werden auch in Zukunft wiederholt. Sie ergeben so ein gutes Bild des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage von Parkplätzen. Die Veränderung dieses Verhältnisses lässt dann fundierte Schlüsse über die Auswirkungen der Massnahmen in Basel auf unsere Gemeinde zu. Bis dato kann festgehalten werden, dass das „Basler Konzept“ auf die Allschwiler Parksituation noch keine Auswirkungen hat. Wenn sich dieses heute bestehende Gleichgewicht zwischen Parkplatzangebot und Parkplatznachfrage aufgrund der Aufhebung der weissen Parkfelder in Basel verändert, wird es durch diese Statistik auch belegt werden können. Es wird tagsüber zwangsläufig vermehrt zu Parkierungsübertretungen kommen. Hauptsächlich davon betroffen wird aber derjenige Kreis sein, der aus Basel „vertrieben“ worden ist. Ihnen droht im Falle von Verkehrsübertretungen in Allschwil, genau gleich wie in Basel, eine Ordnungsbusse, nota bene zu Gunsten der Gemeindekasse. Die Gemeinde Allschwil ist im Weiteren durch die Präsenz und die Patrouillentätigkeit der Gemeindepolizei auf allfällige vermehrte Verkehrssünder vorbereitet.

Vorbereitungen im Sinne von Parkplatzbewirtschaftung oder Schaffung von Anwohnerparkkarten sind zurzeit keine geplant, zumal dies, wie erwähnt, einen erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich bringt. Hinzu kommt, dass „die Politik“ die Einführung der Anwohnerparkkarte bis dato abgelehnt hat (vgl. Bericht der Spezialkommission Verkehr vom 19. Oktober 2005, dem der Einwohnerrat zugestimmt hat oder Postulat Claude Rothen, das am 12. Februar 2007 nicht überwiesen wurde).

Des Weiteren wäre der Betrag von Fr. 5'000.- für die Ausarbeitung eines Konzeptes wohl zu niedrig angesetzt und mit Folgekosten verbunden. In Binningen zum Beispiel wurde im Jahre 2003 ein solches Konzept durch das Architekturbüro Glaser, Saxer, Keller AG in Bottmingen erarbeitet. Dieses kostete damals rund Fr. 10'000.-. Zudem muss für die Anschaffung einer geeigneten Software für die Parkraumbewirtschaftung sowie die Infrastruktur nochmals mit rund Fr. 12'000.- gerechnet werden. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass auch der Gemeinderat von der Einführung gezielter Massnahmen gegen den Parkplatztourismus wegen der Unsicherheit bezüglich des Ausmasses der negativen Auswirkungen auf unser Gemeindegebiet vorerst eine abwartende Haltung einnimmt. Indes wird auch zukünftig die Entwicklung mittels regelmässigen Zählungen genau beobachtet, damit aufgrund von Zahlen und Fakten und nicht von Medien geschürten Ängsten Massnahmen ergriffen werden können.

## Parkplatzbelegung in Allschwil (Zusammenfassung)

	Total Zone I	belegt	leer	F-68	Total Zone II	belegt	leer	F-68	Total Zone III	belegt	leer	F-68	Total alle Zonen	belegt	leer	F-68
Parkplätze	158				211				113				482			
Mittwoch vormittags 26.09.2007		127	31	27		151	60	41		93	20	10		371	111	78
Quote		80%	20%	17%		72%	28%	19%		82%	18%	9%		77%	23%	16%
Dienstag vormittags 30.10.2007		122	36	31		165	46	43		91	22	8		378	104	82
Quote		77%	23%	20%		78%	22%	20%		81%	19%	7%		78%	22%	17%
Dienstag vormittags 15.01.2008		133	25	21		156	55	40		91	22	14		380	102	75
		84%	16%	13%		74%	26%	19%		81%	19%	12%		79%	21%	16%
Freitag nachmittags 11.04.08		125	33	17		141	70	32		80	33	9		346	136	58
		79%	21%	11%		67%	33%	15%		71%	29%	8%		72%	28%	12%
Montag morgens 25.08.08		108	50	12		173	38	30		91	22	17		372	110	59
		68%	32%	8%		82%	18%	14%		81%	19%	15%		77%	23%	12%

Antrag des Gemeinderates:

://:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budget-Postulates.

\* \* \* \* \*

## 2. Budgetpostulat Nr. 3802B.2

CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger  
betreffend Laufend Rechnung

## Flutlichtanlage Gartenhof

Pos. 342 Hallenbad / 342-318.00 Dienstleistungen und Honorare

### Antrag:

Streichung des Vorprojektes für eine Flutlichtanlage Gartenhof von Fr. 15`000.--.

### Begründung:

Dieses Projekt kann direkt ausgeschrieben werden. Die hohen Kosten für die Vorprojektierung können somit gespart werden.

Vorweg möchten wir darauf hinweisen, dass das Vorprojekt für den Ersatz der Flutlichtanlage irrtümlich auf dem Konto 342-318.00 (Hallenbad) anstatt auf dem Konto 344-318.00 (Leichtathletik und Fussballanlagen) budgetiert wurde.

Die Flutlichtanlage auf dem Gartenhof, welche aus den 60er-Jahren stammt, befindet sich in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Aufgrund von herab fallenden faustgrossen Betonabplatzungen wurde im Mai 2008 eine materialtechnische Zustandsanalyse mit statischer Prüfung durchgeführt. Die Untersuchung ergab, dass aufgrund der Abplatzungen und der vorhandenen Risse die Bewehrung korrodiert (z.T. bis 40% Querschnittsverlust) und die Tragsicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Aufgrund des fortgeschrittenen Schadenbildes ist eine Sanierung voraussichtlich teurer als ein Totalersatz der Flutlichtanlage.

Der Gemeinderat plant im Jahre 2010 den Ersatz der Flutlichtanlage. Der Umfang und die Kosten dieses Ersatzes sind jedoch noch unbekannt. Um im Hinblick auf das Budget 2010 einen verlässlichen Investitionskredit einstellen zu können, ist vorgängig zwingend ein Vorprojekt zu erstellen. Im Vorprojekt werden unter anderem

- die Grundlagen erhoben (z.B. Zustand und Lage der Elektroleitungen im Boden in Bezug auf Wiederverwendbarkeit),
- die Art und Weise des Abbruchs der bestehenden Masten festgelegt (Spezialkräne, Zugänglichkeit, etc.),
- verschiedene Varianten des Beleuchtungskonzeptes untersucht (wie viele Masten, Material, Standort, Höhe, Beleuchtungsstärke, etc.),
- der Umfang der Stromversorgung, Elektrik, etc. untersucht.

Der Gemeinderat wird nach Vorliegen der Kostenschätzung gemäss dem Vorprojekt entscheiden, ob aufgrund der Nutzung der Spielfelder ein Ersatz der Flutlichtanlage verhältnismässig ist oder die Anlage ersatzlos abgebrochen werden soll.

Aufgrund der Besonderheit des Bauvorhabens ist ein Vorprojekt unerlässlich. Es gibt verschiedene Ausführungsvarianten, so dass die vom Postulanten erwähnte „direkte Ausschreibung“ ohnehin nicht möglich sein wird und aus fachlicher Sicht ein fahrlässiges Vorgehen darstellen würde. Es werden letztlich auch keine Kosten eingespart.

Im Vergleich zu den voraussichtlichen Baukosten in der Grössenordnung von rund 200'000 bis 300'000 ist zudem der budgetierte Aufwand für das Vorprojekt in der Höhe von höchstens CHF 15'000 absolut vertretbar.

### Antrag des Gemeinderates:

://:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budget-Postulates.

### **3. Budgetpostulat Nr. 3802B.3**

SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter

betreffend Laufend Rechnung

- 1) Pos. 586-36 Arbeitslosigkeit, Eingliederungsmassnahmen / Eigene Beiträge
  - 2) Pos. 586-46, Arbeitslosigkeit, Eingliederungsmassnahmen / Beiträge für eigene Rechnung
- 

#### **Anträge:**

- 1) In der Budget Position 586 - 36 Eigene Beiträge wird der Betrag wie im laufenden Jahr auf CHF 600'000.- budgetiert.
- 2) Ebenso wird die Budget Position 586 - 46 Beiträge für die eigene Rechnung auf CHF 160'000.- budgetiert.

#### **Begründung:**

Bei der Erstellung des Budget waren die wirtschaftlichen Prognosen noch bedeutend optimistischer. Mittler Weile steigen die Arbeitslosenzahlen bereits schon wieder deutlich und somit es ist es angezeigt, diese Position mindestens auf dem Vorjahreswert zu lassen.

*Information SECO vom 7. November 2008: Die Arbeitslosenquote stieg von 2,4 auf 2,5%, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) mitteilte. Ende Oktober waren bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) 100'471 Arbeitslose eingeschrieben. Das sind gegenüber September 4491 Menschen mehr, die keinen Job haben. "Die konjunkturelle Abschwächung beginnt sich bemerkbar zu machen", sagte Serge Gaillard, Leiter der Direktion für Arbeit im SECO auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. Die Abkühlung schlägt aber noch nicht voll durch. Etwa ein Viertel des Anstiegs ist laut Gaillard auf die schwächere Wirtschaft zurückzuführen."*

---

Die Veränderung der Wirtschaftslage und die Auswirkungen der steigenden Arbeitslosenzahlen schlagen sich tatsächlich teilweise bei den Neuanmeldungen zum Bezug von Sozialhilfe nieder. Auf Grund der Ergebnisse der aktuellen Situationsbeurteilung durch die Hauptabteilung Soziale Dienste/Gesundheit ist der Gemeinderat jedoch der Ansicht, dass der im Budget eingestellte Betrag von CHF 400'000 der Sozialhilfebehörde genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um die notwendigen und tatsächlich indizierten Integrationsprogramme im Jahr 2009 durchführen zu können.

#### Antrag des Gemeinderates:

://:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budget-Postulates.

\* \* \* \* \*

---

#### **4. Budgetpostulat Nr. 3802B.4**

SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter  
betreffend Laufend Rechnung,  
Pos. 589-365 Beiträge an Private Institutionen

---

#### **Antrag:**

In der Budget Position 589-365 wird der Betrag CHF 5'000.- für das Rot Kreuz Projekt „Mitten unter uns“ Integrationsförderung Sprache und Kultur zusätzlich budgetiert.

#### **Begründung:**

Das Rote Kreuz Baselland hat im Jahr 2007 dieses Pilotprojekt erfolgreich gestartet. Die Gemeinde Allschwil hat sich daran beteiligt. Es gilt nun, das sinnvolle Projekt als aktive Massnahme zur Integrationsförderung weiter zu führen.

Sprache und Kulturbewusstsein sind die ersten Schritte zur erfolgreichen Integration. Kindergarten- und Primarschulkinder aus anderen Kulturen sind besonders auf eine erfolgreiche Integration bei uns angewiesen. Damit sie sich aktiv und aussichtsreich entwickeln können und so ein gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft werden, müssen sie gefördert werden. Mittels Sprachförderung und Plätzen in Gastfamilien werden wichtige Erfahrungen für das erfolgreiche Bestehen in unserer Gesellschaft vermittelt.

Allschwil hat einen gesetzlichen Auftrag, die Integration aktiv zu fördern.

Investitionen zur richtigen Zeit am richtigen Ort vermindern langfristig hohe Kostenfolgen.

---

Das vom Roten Kreuz in Allschwil probeweise gestartete Projekt „Mitten unter uns“ hat in der Pilotphase mehrheitlich positive Ergebnisse erzielt. Der Gemeinderat würdigt die zu erwartenden positiven Effekte früher Integration, kann jedoch aus Kostengründen zur Zeit keine finanzielle Beiträge leisten.

#### Antrag des Gemeinderates:

://:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budget-Postulates.

\* \* \* \* \*

## **5. Budgetpostulat Nr. 3802B.5**

CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger

betreffend Laufend Rechnung,

Pos. 589 Übrige Sozialhilfe / 589-366.00 Beiträge an Private Haushalte

---

### **Antrag:**

Der bisherige Betrag Fr. 140`000.- für die Winterhilfe, Winterzulage sowie Weihnachtsgelder soll auch im Budget 2009 enthalten sein.

### **Begründung:**

Auch in der heutigen Zeit leben viele Leute nur von der AHV und EL. Für diese Menschen ist der jährliche „Zustupf“ aus der Kasse der Winterzulage ein wichtiger Beitrag zur Aufbesserung ihres finanziellen Budgets. Die Beiträge der Winterhilfe und des Weihnachtsgeldes gehen ebenfalls an unsere weniger gut situierten Mitmenschen. Zudem zeigt diese Geste unsere Solidarität mit diesen . Einwohnern und Einwohnerinnen unserer Gemeinde.

---

Der Gemeinderat hat die Beiträge für die Winterhilfe, Weihnachtsgaben und Winterzulagen für EL Bezüger nicht leichtfertig aus dem Budget 2009 gestrichen. Der Gemeinderat erkennt die teilweise erschwerten Lebenssituationen der Empfängerinnen und Empfänger dieser Beiträge und leistet, beispielsweise mit einem gut ausgebauten Sozialdienst, einen wesentlichen Beitrag dazu, dass dieser Bevölkerungsgruppe entsprechende Beratungsangebote zur Verfügung stehen.

Auf Grund des auch vom Parlament stetig geforderten Auftrags zur Kostenreduktion muss sich der Gemeinderat allerdings in der momentanen Finanzlage auf die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben konzentrieren.

### Antrag des Gemeinderates:

://:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budget-Postulates.

\* \* \* \* \*

## **6. Budgetpostulat Nr. 3802B.6**

SP/EVP-Fraktion, Barbara Selinger

betreffend Laufend Rechnung

Pos. 589-366.00 „Private Haushalte“ (Soziale Wohlfahrt)

---

### **Antrag:**

Der unter dieser Position vorgesehene Betrag, bestehend aus der so genannten Winterzulage, der Winterhilfe, sowie dem Beitrag für Weihnachtsgeschenke für unterstützungsbedürftige Familien und Alleinstehende, wird wieder und in derselben Höhe wie bisher, also

mit sFr. 140'000.00

ins Budget 09 aufgenommen

**Begründung:** (Bezug nehmend auf die "Erläuterungen zum Budget 09" zu dieser Position)

Es ist inakzeptabel, dass jene AllschwilerInnen, die schon zu wenig haben, nun noch auch dafür büssen müssen, dass unser Klima sich verändert (hat)!? Der Anteil der Allschwiler Bevölkerung, die ein Leben unterhalb der Armutsgrenze führen muss, steigt stetig an - und würde am liebsten verleugnet - wie man es aus dieser Streichung einer in vielen Fällen dringend benötigten finanziellen Notreserve deute. könnte. Immer mehr Familien mit und ohne Kinder, wie auch Alleinstehende sind von einem Leben in Armut betroffen - also ist diese "winterliche Unterstützung" wohl halt doch auch immer zeitgemässer, und für unsere MitbürgerInnen könnte doch immerhin der Winter ein bisschen sorgenfreier sein.

---

**Begründung des Gemeinderates siehe oben (5. Budgetpostulat Nr. 3802B.5)**

Antrag des Gemeinderates:

://:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budget-Postulates.

\* \* \* \* \*

---

## **7. Budgetpostulat Nr. 3802B.7**

Grüne, Julia Gosteli

betreffend Laufend Rechnung

Pos. 589-366.00 Eigene Beiträge – private Haushalte - Winterzulage

---

### **Antrag:**

Aufnahme der Fr. 140'000 der Winterzulage (inklusive die Position Winterhilfe und Weihnachtsgeschenke) ins Budget 2009

### **Begründung:**

Es ist nach wie vor so, dass das Kaufen von Kleidern im Winter das Haushaltsbudget mehr belastet als im Sommer. Winterschuhe sind eindeutig teurer als Flipflops. Zeitgemäss ist diese Zulage also nach wie vor.

Sozial benachteiligte Menschen brauchen unsere Empathie, die Weihnachtsgeschenke sind kleine Lichtblicke in ihrem Alltag und stehen als Symbol für unser mitmenschliches Mitfühlen. Aus dem Zeitungsinterview der BaZ vom 31.10.08 mit Herrn Schwarz, Präsident Winterhilfe Baselland, möchte ich wörtlich zitieren:

„Wir haben hingegen festgestellt, dass in den letzten zwei, drei Jahren die Zahl der Hilfesuchenden zugenommen hat. Das hat unter anderem damit zu tun, dass die Sozialhilfen nicht mehr die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung haben.“

...

„Wie sieht die Zahl der Hilfesuchenden im Baselbiet im Vergleich mit anderen Kantonen aus?“

„Das ist sehr schwierig zu sagen, weil die Grösse der Kantone dabei auch eine Rolle spielt. Aber ich habe gehört, dass wir hier im Baselbiet eher viele haben.“

Diese Auszüge des Interviews belegen, dass dieser „Zustupf“ für bedürftige Menschen nach wie vor unentbehrlich, dringend notwendig und belangreich ist.

---

**Begründung des Gemeinderates siehe oben (5. Budgetpostulat Nr. 3802B.5)**

Antrag des Gemeinderates:

://:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budget-Postulates.

\* \* \* \* \*

## **8. Budgetpostulat Nr. 3802B.8**

SP/EVP-Fraktion, Jürg Gass

betreffend Laufend Rechnung,

Pos. 780-318.00 Dienstleistungen und Honorare (Naturschutz)

---

### **Antrag:**

Es sind zusätzlich SFR. 15'000.- einzusetzen

### **Begründung:**

Die Situation bei den Chemiemülldeponien Le Letten und Römischloch ist noch immer unsicher. Es ist noch nicht klar, was genau von den Chemiefirmen unternommen wird. Man spricht von Sanierung, nur sind bis jetzt noch keine Anzeichen vorhanden, wann und in welchem Umfang damit auch begonnen wird. Immer wieder werden die Berichte hinausgezögert. Die Berichte und Analysen, welche die Gemeinde erhält, sind für die meisten der Lesenden ein Buch mit sieben Siegeln.

Die Gemeinde braucht zur Unterstützung externe und fachlich kompetente Personen.

---

Im Juli 2008 wurden die Ergebnisse der Tierce Expertise zu den Chemiemülldeponien Le Letten und Roemisloch präsentiert. Die französischen Umweltbehörden kamen dabei zum Ergebnis, dass keine Gefahr für die Trinkwasserfassungen in Schönenbuch besteht. Gleichzeitig verkündete Novartis, dass sie trotzdem eine Totalsanierung der Deponie Le Letten durchführen werde. Gemäss Angaben der IG DRB wird zurzeit das Sanierungskonzept ausgearbeitet. Sofern kein politischer Widerstand gegen die Sanierung bzw. die Art der Sanierung entsteht, könnten die Arbeiten im 2010 beginnen.

Leider ist aus der Tierce Expertise vom Juli 2008 nicht ersichtlich, ob der Bericht von Prof. Walter Wildi bei der Risikobeurteilung berücksichtigt wurde. Entsprechend sind die Bedenken des Gemeinderates, dass die Quellen in Schönenbuch durch so genannte unterirdische Channels beeinträchtigt werden könnten, nicht ausgeräumt. Weder die IG DRB noch das AUE planen die Durchführung der entsprechenden Abklärungen, um die Unsicherheiten zu beseitigen.

Wie der Postulant ausführt, ist im Jahre 2009 somit mit weiteren Berichten und Abklärungen zu rechnen, welche durch externe Fachleute zu prüfen sind, damit der Gemeinderat fundiert Stellung nehmen kann.

### Antrag des Gemeinderates:

://:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Annahme des Budget-Postulates.

\* \* \* \* \*

---

## 9. Budgetpostulat Nr. 3802B.9

CVP-Fraktion, Mathilde Oppliger

betreffend Laufend Rechnung,

Pos. 942 Liegenschaften des Finanzvermögens / 503.02 Mühlebachweg 41 /

942-31 Sachaufwand

---

### Antrag:

Für den Ersatz der alten Beleuchtung in der „Burestube“ des Rest. Mühle sind Fr. 10'000 zu budgetieren.

### Begründung:

Die Beleuchtung in der „Burestube“ ist nun 30 Jahre alt und dies ist nicht zu übersehen. Vor allem die textilen Umhüllungen der Stromkabel sind durchgerieben und in einem bedenklichen Zustand. Dies könnte zu einem Sicherheitsproblem werden, welches möglichst bald behoben werden sollte.

---

Im Budget 2009 sind in der Position Nr. 942-314.04 CHF 8'500.00 für punktuell neue Theken- und Raumbelichtung enthalten. Mit diesem Betrag kann die Beleuchtung in der "Burestube" des Restaurants Mühle ersetzt werden. Somit ist für die Erfüllung dieses Budgetpostulates keine Erhöhung der Position Nr. 942-314.04 nötig.

### Antrag des Gemeinderates:

://:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budget-Postulates.

\* \* \* \* \*

**GEMEINDERAT**

Präsident

Verwalterin

Dr. Anton Lauber

Sandra Steiner